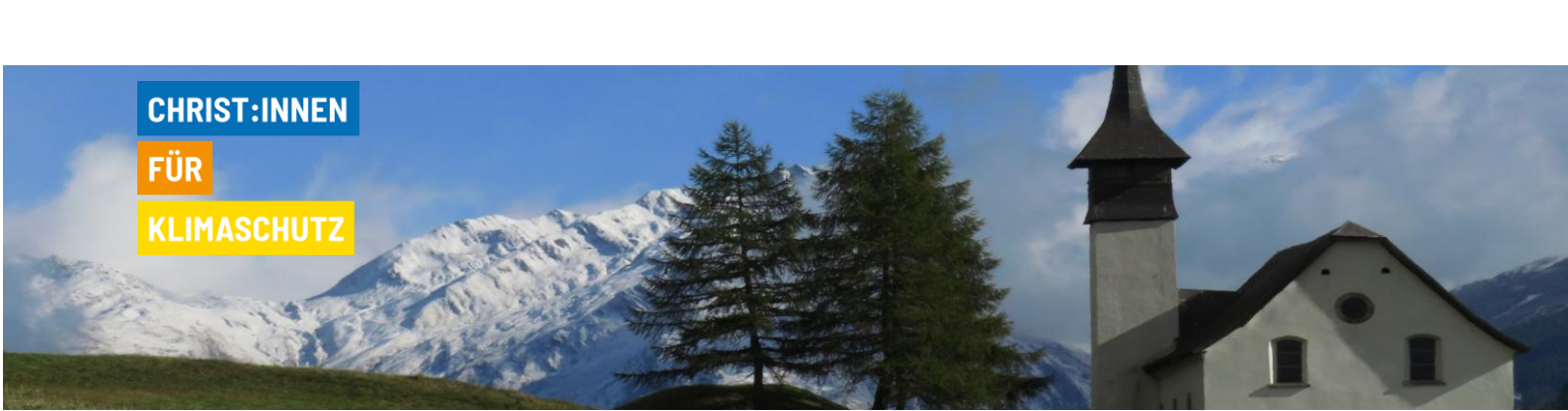




CHRIST:INNEN

FÜR

KLIMASCHUTZ

Medienmitteilung

Zürich/Luzern/Bern, 13. Juli 2026

Christ:innen für Klimaschutz unterstützen Referendum gegen neue Atomkraftwerke

Die ökumenische Koalition [«Christ:innen für Klimaschutz»](#)¹ unterstützt das Referendum gegen den indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)». Aus Sicht der christlichen Koalitionspartner:innen sind neue Atomkraftwerke weder mit Klima- und Generationengerechtigkeit noch mit sozialer Verantwortung vereinbar. Die Koalition setzt sich stattdessen für eine konsequente Stärkung der Energieeffizienz, den raschen Ausbau erneuerbarer Energien und ein dezentrales, widerstandsfähiges Energiesystem ein. Die ausführliche Stellungnahme der Koalition [finden Sie hier](#). Das Bündnis ruft zur [Unterschriftensammlung](#) auf.

Mit der Annahme des indirekten Gegenvorschlags hat das Parlament den Weg für den Bau neuer Atomkraftwerke in der Schweiz wieder geöffnet. Die Koalition «Christ:innen für Klimaschutz» kritisiert dieses Vorgehen scharf. Die Schweizer Stimmbevölkerung habe sich in den vergangenen Jahren mehrfach klar für den Atomausstieg sowie für den Ausbau erneuerbarer Energien ausgesprochen, zuletzt mit der Energiestrategie 2050, dem Klimaschutzgesetz und dem Stromgesetz. Der Gegenvorschlag stelle diesen demokratisch legitimierten Kurs infrage.

Neue Atomkraftwerke lösen die Klimakrise nicht

Aus Sicht der Koalition sind neue Atomkraftwerke keine wirksame Antwort auf die Klimakrise. Zwar verursachen sie während des Betriebs vergleichsweise geringe CO₂-Emissionen, doch Uranabbau, Brennstoffaufbereitung, Bau und Rückbau sowie die jahrzehntelangen Planungs- und Bauzeiten verschlechtern ihre Klimabilanz erheblich. Eine sichere Energieversorgung basiert auf einem dezentralen Zusammenspiel erneuerbarer Energien, Speichern und Effizienzmassnahmen. Neue

¹ Die Koalition «Christ:innen für Klimaschutz» besteht unter anderem aus den Organisationen AKU ([Arbeitsgemeinschaft Klima, Energie und Umwelt](#)), [Fastenaktion](#), [Grüner Fisch](#), [HEKS](#), [oeku Kirchen für die Umwelt](#), [StopArmut](#), [femmes protestantes](#) und [Frauenbund Schweiz](#).

Atomkraftwerke binden dagegen hohe finanzielle Mittel und verzögern die notwendige Transformation des Energiesystems.

Verantwortung gegenüber kommenden Generationen

Die Koalition verweist auch auf die ungelöste Endlagerfrage. Radioaktive Abfälle bleiben über Zehntausende von Jahren gefährlich und belasten zahlreiche Generationen. Gleichzeitig würden neue Atomkraftwerke enorme finanzielle Risiken schaffen. Internationale Erfahrungen zeigten, dass Neubauprojekte regelmässig deutlich teurer würden als geplant und ohne umfangreiche staatliche Unterstützung kaum realisierbar seien.

Soziale und globale Auswirkungen

Kritisch beurteilt die Koalition zudem die sozialen Folgen der Atomenergie. Der Uranabbau geht in vielen Förderregionen mit erheblichen Umwelt- und Gesundheitsbelastungen für die lokale Bevölkerung einher. Gleichzeitig bleibt die Schweiz vollständig auf Uranimporte angewiesen und schafft damit neue geopolitische Abhängigkeiten.

Ja zu einer erneuerbaren Energiezukunft

Die Koalition «Christ:innen für Klimaschutz» ist überzeugt, dass die Schweiz mit der Energiestrategie 2050 den richtigen Weg eingeschlagen hat. Aus christlicher Sicht seien neue Atomkraftwerke nicht mit Klima-, Generationen- und sozialer Gerechtigkeit vereinbar. Deshalb unterstützt die Koalition das Referendum des Bündnisses «NEIN zu neuen AKW». Das Bündnis sammelt noch bis zum 8. Oktober 2026 Unterschriften gegen den indirekten Gegenvorschlag.

Kontakt

Sarah Paciarelli, Co-Leitung Koalition «Christ:innen für Klimaschutz» und Vertretung Frauenbund Schweiz

sarah.paciarelli@frauenbund.ch; 078 331 92 22

Milena Hartmann, Co-Leitung Koalition «Christ:innen für Klimaschutz» und Vertretung oeku Kirchen für die Umwelt

hartmann@oeku.ch; 031 398 23 45